

Der Bürgermeister

Zossener Str. 21c • 15838 Am Mellensee

Ortsteile:

Sperenberg, Klausdorf, Mellensee, Saalow,
Rehagen, Kummersdorf-Alexanderdorf,
Kummersdorf-Gut, Gadsdorf

Sachgebiet: Lt. Haupt-/Schulamt

Zimmer: 2.07

Bearbeiter: Frau Berkholz

E-Mail: berkholz@mellensee.de

Telefon: (033703) 959-12

Telefax: (033703) 95969

AKZ: 10.3

Datum: 02.06.2023

Antwort zur schriftlichen Anfrage des Gemeindevertreters Udo Keiler (UWG) vom 31.05.2023

Es existiert eine nahezu gleichlautende Anfrage der CDU vom 03.05.2023, deren ausführliche Antwort ich hier beifüge.

Des Weiteren wurde nun die rechtliche Prüfung durch mich durchgeführt, den Vermerk dazu füge ich hier bei.

Bzgl. der letzten Frage ist zu sagen, dass diese im Ausschuss für Bildung, Soziales und Kultur am 27.03.2023 beantwortet wurde. Die Niederschrift füge ich bei.

Herr Ferdinand hat ausgeführt, dass diesbezüglich nichts geplant sei, es ggü. der Presse eher als „Vision“ gemeint war.

Im Bildungsausschuss der Stadt Zossen wurde die Errichtung einer Oberschule diskutiert. Eine 6-Zügigkeit würde durch den Landkreis finanziert werden, eine 2-Zügigkeit müsste Zossen selber stemmen. Diesbezüglich läuft eine Anfrage durch den Vorsitzenden unseres Ausschusses bei Herrn Ferdinand, bisher unbeantwortet.

Die Planungen zur Entwicklung eines Schulstandortes und das Führen diesbezüglicher Gespräche betreffen Grundsatzentscheidungen eines Hauptverwaltungsbeamten, der derzeit nicht im Dienst ist und mir bisher auch keine Aufträge diesbezüglich erteilt hat. Einen Alleingang werde ich hier als Teamleiterin nicht unternehmen.

Bei weiteren Fragen stehe ich Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Patrizia Berkholz
Teamleitung Haupt- und Schulamt

Allgemeine Sprechzeiten:

Montag u. Mittwoch	keine Sprechzeiten - Termine nach Vereinbarung möglich
Dienstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr
Donnerstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 18.00 Uhr
Freitag	09.00 - 12.00 Uhr

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische
Sparkasse in Potsdam
IBAN: DE44160500003639020072
BIC: WELADED1PMB

Berkholz, 10, Gemeinde Am Mellensee

Von: Berkholz, 10, Gemeinde Am Mellensee
Gesendet: Mittwoch, 3. Mai 2023 14:43
An: 'Andreas Thiele'; base.dirk@t-online.de
Cc: Gast, 20, Gemeinde Am Mellensee; Broshog, BGM, Gemeinde Am Mellensee; 'Maik Tscherwinka'; gv@mellensee.online; Personalamt, Gemeinde Am Mellensee
Betreff: AW: Anfrage der CDU-Fraktion an die Verwaltung

Sehr geehrte Herr Thiele,
sehr geehrte Fraktionsmitglieder der CDU,
sehr geehrte Mitglieder der Gemeindevertretung,

eine umfassende rechtliche Prüfung, des von einigen Gemeindevertretern vorgebrachten Einwandes der ordnungsgemäßen Ladung, ist in der Kürze der Zeit seit gestern Abend noch nicht möglich gewesen.

Allgemein kann ich Ihnen jedoch bereits mitteilen, dass es in der Rechtswissenschaft allgemein gültige Grundsätze gibt, in diesem Fall eine sogenannte Normenpyramide. Vom Grundgesetz an gliedert danach noch in Bundesrecht, Landesrecht, Kommunalrecht auf. Auch im Kommunalrecht gilt der Vorbehalt und der Vorrang des Gesetzes: Satzungen, Richtlinien, Verfahrensvorschriften etc. dürfen nicht gegen ein Gesetz verstoßen und dürfen nur aufgrund eines Gesetzes erlassen werden. Im vorliegenden Fall wäre es möglich, dass unsere Geschäftsordnung die Fristenregelung zu ungenau geregelt hat, es sich hier also um einen unbestimmten Rechtsbegriff handelt, der aber durch bereits vorhandene Gesetzgebung oder Rechtsprechung näher definiert ist. Im vorliegenden Fall könnte auch die Paragraphenkette, die gestern dargestellt wurde, dafür herangezogen werden (<https://www.gesetze-im-internet.de/vwvfg/31.html>). **Nach dieser Rechtsauslegung ist es korrekt, dass – sofern ein Fristende auf einen gesetzlichen Feiertag fällt – die Frist erst am darauffolgenden Werktag endet.**

Gem. § 34 (6) BbgKVerf ist eine Verletzung der Form und Frist unbeachtlich, wenn alle geladenen mitwirkungsberechtigten Mitglieder der Gemeindevertretung zu dem jeweiligen TOP erscheinen und kein fehlerhaft geladenes Mitglied den Einberufungsfehler rügt. Die Geschäftsordnung konkretisiert dazu in § 5 (3), dass bei einer Nichtfeststellung der fristgemäßen Ladung die Einwohnerfragestunde durchzuführen ist und alle anderen TOPs in der darauf folgenden Sitzung behandelt werden. **Insofern ist das gestrige Vorgehen von Herrn Tscherwinka nicht zu beanstanden.**

In § 42 (3) BbgKVerf ist geregelt, dass die Niederschrift vom Vorsitzenden der Gemeindevertretung zu unterzeichnen und zur nächsten ordentlichen Sitzung vorzulegen ist.

Ich stimme Ihnen zu, dass die Leitung des Fachamts für eine vorherige rechtliche Prüfung und Beratung zuständig ist. Ich wurde allerdings als Fachamtsleitung nicht miteinbezogen und konnte daher meinen Fachverstand diesbezüglich auch nicht einbringen. Das Verhalten meines Dienstvorgesetzten, mich (meiner Meinung nach teilweise bewusst) zu übergehen habe ich im Vieraugengespräch, in der Teamleiterberatung und auch Ihnen gegenüber als Dienstvorgesetzten des HVB angesprochen und erhielt daraufhin weder eine Reaktion noch wurde dieses Verhalten geändert oder dahingehend eingewirkt. Ich habe darauf hingewiesen, dass dies zu Problemen führen könnte.

Das Hauptamt wusste im Vorfeld nicht, dass das Fehlen der Protokolle bemängelt werden würde. Die permanente Überlastung in der Verwaltung ist bekannt, sodass hier davon auszugehen war, dass - wie sonst auch - die verspätete Fertigung von Niederschriften toleriert wird. Dies betrifft auch die Niederschriften der Fachausschüsse.

Bezüglich Ihres Vorwurfes, die notwendigen Aufgaben in den von mir geführten **zwei** Fachämtern nicht ausreichend zu priorisieren, möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich bereits bei Dienstbeginn im Februar 2022 meinen Sachbearbeiter im Hauptamt darauf hingewiesen habe, dass er insbesondere den Sitzungsdienst

vorrangig zu bearbeiten hat. In einer Teamleiterberatung habe ich den Bürgermeister darüber informiert, dass bis auf Widerruf andere Dinge keine Priorität haben. Dies habe ich auch aus Fürsorgegründen so entschieden. Dennoch werden meine Sachbearbeiter weiterhin mit Aufgaben aus dem Haus und von der Leitung – ohne Einhaltung des Dienstweges – überschwemmt. Auch die Anweisung an meine Sachbearbeiter, solche Aufgaben dann nicht anzunehmen, sondern vorher an mich zu verweisen, wurde nicht wahrgenommen bzw. ist aufgrund des Weisungsverhältnisses eines Bürgermeisters gar nicht möglich. Zusätzlich wurde einem Sachbearbeiter eine Fortbildung genehmigt, die ihn für zwei Tage pro Woche freistellt – ohne dass ein geeigneter Ersatz geschaffen wurde. Dies bedeutet, dass derselbe Arbeitsaufwand, für den grundsätzlich bereits 5 Tage pro Woche nicht ausreichen, innerhalb von drei Tagen geschafft hätte werden müssen. Dies ist nicht möglich, sodass ich auch bereits seit letztem Jahr für die zweite Stelle im Hauptamt kämpfe, deren Ausschreibung immer weiter verzögert wird.

Folgende Aufgaben des Hauptamts müssen derzeit durch mich und zwei Sachbearbeiter erledigt werden:

- Sitzungsdienst
Laden, Bekanntmachen, Vorbereitung, Nachbereitung von der GV-Sitzung und allen Fachausschüssen, sowie rechtliche Stellungnahmen und Beratung sowohl in der Verwaltung als auch der Gremien
- Vergabeverfahren der inneren Verwaltung
Büromaterial, Möbel, Drucker/Kopierer, Tankkarten, Dienstfahrzeuge, Druckerzeugnisse (Gesetze), Ratsinformationssystem
- Verwaltung der Dienstfahrzeuge
- Anwenderbetreuung
- IT-Ausstattung und Beratung der Verwaltung und aller nachgeordneten Einrichtungen
- Einführung und Begleitung mobiles Arbeiten
- Arbeitssicherheit
Verwaltung, Schulen, Kitas, ASA-Ausschuss
- Arbeitsmedizinische Untersuchung, Vorbereitung, Begleitung, Nachbereitung
- Satzungserarbeitung bis zum Beschluss und Ausführung von diesen Vorschriften
- Erstellen von Dienstvereinbarungen sowie deren Ausführungen
- Grundsätzliche Aufrechterhaltung der inneren Verwaltung

Die selbige Situation liegt im Schulamt vor. Zusätzlich zu den zwei Sachbearbeiterinnen, die ausschließlich für die organisatorische Verwaltung (Rechtsanspruch) verfüge ich nur über eine weitere Sachbearbeiterin für folgende Aufgaben:

- Dienst- und Fachvorgesetzte von Erziehern, Leitungen, Hausmeistern, Schulsekretärinnen
- Statistiken, Personalschlüssel, Personalkosten, Personalanerkennung, Personalkostenzuschuss
- Verantwortung für alle nachgeordneten Einrichtungen in jeglicher Hinsicht
Personal, Konzept, Einhaltung rechtlicher Vorschriften uvm.
- Kinderschutzverfahren
- Betriebsgenehmigungsverfahren
- Konzeptionelle Planung von Neubauten inkl. Begleitung des Baus bis zur Eröffnung
- Qualitätsmanagement
- Ausschreibungen für alle nachgeordneten Einrichtungen inkl. Schulen
- Widerspruchs- und Klageverfahren
- Tätigkeit als Schulträger, Zusammenarbeit mit Schulen und weiteren Behörden
- Jugendarbeit, Schulsozialarbeit, Koordinierung mit DRK und weiteren Behörden
- Zusammenarbeit mit der Kitafachberatung

Zusätzlich habe ich noch weitere Aufgaben für die Gemeindevertretung übernommen.

Dies ist keine abschließende Aufzählung der von mir zu betreuenden Arbeitsaufgaben.

Eine Priorisierung der vorhandenen Aufgaben stellt daher nicht das Problem dar.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.
Berkholz
Teamleiterin I – Haupt-/ Schulamt
Gemeinde Am Mellensee
Zossener Straße 21c
15838 Am Mellensee

Tel.: 033703/95912
Fax: 033703/95969
E-Mail: berkholz@mellensee.de



www.gemeinde-am-mellensee.de

Die angegebene E-Mail-Adresse dient nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.

Diese E-Mail und alle eventuellen Anlagen sind nur für den Adressaten bestimmt und kann vertrauliche bzw. rechtlich geschützte Informationen enthalten. Sollten Sie nicht der beabsichtigte Empfänger sein und auch nicht ein Angestellter oder Vertreter, der für die Weiterleitung dieser Nachricht an den beabsichtigen Empfänger verantwortlich ist, weisen wir Sie darauf hin, dass jede Weiterleitung, Vervielfältigung oder sonstige Verwendung dieser Nachricht oder ihrer Anlagen nicht zulässig ist. Falls Sie diese Nachricht irrtümlich erhalten haben sollten, bitten wir Sie, den Absender zu informieren und die Nachricht inklusive Anlagen von Ihrem Computer zu löschen.

Von: Andreas Thiele <andreas.thiele@gesamtschule-treuenbrietzen.de>

Gesendet: Mittwoch, 3. Mai 2023 10:31

An: base.dirk@t-online.de

Cc: Gast, 20, Gemeinde Am Mellensee <gast@mellensee.de>; Broshog, BGM, Gemeinde Am Mellensee <broshog@mellensee.de>; 'Maik Tscherwinka' <Maik.Tscherwinka@t-online.de>; Berkholz, 10, Gemeinde Am Mellensee <Berkholz@mellensee.de>; gv@mellensee.online; Personalamt, Gemeinde Am Mellensee <Personalamt@mellensee.de>

Betreff: Anfrage der CDU-Fraktion an die Verwaltung

Sehr geehrte Damen und Herren,

folgende Fragen hätte die CDU-Fraktion gern von der stellvertretenden Hauptverwaltungsbeamten und vom Hauptamt schriftlich beantwortet:

1. Herr Penert und Frau Schuster bemängelten, dass die Einladungsfrist für gestrige Gemeindevertretersitzung nicht eingehalten worden seien. Sie führten an, dass laut Geschäftsordnung 7 Tage festgeschrieben seien, es auch 7 Tage gewesen wären, aber auf Grund des Feiertages (1.Mai) dieser nicht mitzähle und es dem zur Folge nur 6 Tage gewesen wären.

In der Geschäftsordnung ist aber nur von Tagen die Rede.

Ist es korrekt, dass Feiertage als Frist nicht mitzählen?

2. Des Weiteren bemängelten sie, dass das Protokoll der letzten Sitzung nicht auf der Tagesordnung war und deswegen auch die Sitzung nicht stattfinden dürfe.

(Das Protokoll konnte wegen der Erkrankung des Protokollanten nicht gefertigt werden.)

Ist dieser Umstand ein berechtigter Einwand gegen die Durchführung der Gemeindevertretersitzung?

3. Warum priorisierte das Hauptamt das Abfassen des Protokolls nicht? Warum wurde die Gemeindevertretung im Vorfeld nicht informiert, dass die Protokolle fehlen werden und demnach das Abhalten der Sitzung der Gemeindevertretung in Gefahr ist. Wusste das Hauptamt im Vorfeld der Sitzung, dass das Fehlen der Protokolle bemängelt werden würde?

Mit freundlichen Grüßen

A. Thiele

stellv. Fraktionsvorsitzender CDU

31.05.2023 * Frau Berkholz * 959-12 * 10.3

**Rechtliche Prüfung zur ordnungsgemäßen Einberufung der 43. Sitzung der
Gemeindevertreter vom 02.05.2023**

Diese Prüfung der Sach- und Rechtslage wurde mit der Brandenburger Kommunalverfassung (BbgKVerf), den dazugehörigen Kommentaren des Kommunal- und Schulverlags sowie des Carl Link Kommunalverlags und der Geschäftsordnung der Gemeinde am Mellensee (GO) durchgeführt.

Fraglich ist, ob der Abbruch der Sitzung durch § 34 (6) BbgKVerf i.V.m. § 5 (3) GO gedeckt war.

Gem. § 34 (6) BbgKVerf ist eine Verletzung von Form und Frist der Einberufung unbeachtlich, wenn alle fehlerhaft geladenen mitwirkungsberechtigten Mitglieder der Gemeindevertretung zu dem jeweiligen Tagesordnungspunkt erscheinen und kein fehlerhaft geladenes Mitglied den Einberufungsfehler rügt. Die Rüge kann auf einzelne Tagesordnungspunkte beschränkt werden. Sie ist gegenüber dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung spätestens bis zur Beschlussfassung über den jeweiligen Tagesordnungspunkt zu erheben.

Den Kommentaren ist zu entnehmen, dass es sich hier um eine Heilungsvorschrift handelt und somit der Gesetzgeber davon ausgeht, dass eine Beschlussfassung ohne ordnungsgemäße Ladung nur erfolgen kann, wenn eine Heilung von Ladungsfehlern erfolgt. Fehlt eine Heilung der Ladungsfehler zum jeweiligen Tagesordnungspunkt, so führt der Fehler dazu, dass keine wirksamen Beschlüsse gefasst werden können. Die Heilung ist möglich, wenn alle Mitglieder der Gemeindevertretung anwesend sind und die Fehler nicht rügen. Somit hat das fehlerhaft geladene Mitglied es in der Hand, sich bei bestimmten Tagesordnungspunkten auf eine fehlerhafte Ladung zu berufen und bei anderen Tagesordnungspunkten darauf zu verzichten. Diese Regelung sei soweit auch sinnvoll, weil eine ordnungsgemäße Vorbereitung auf die Sitzung ermöglicht werden soll. Die Vorbereitungszeit könne zu jedem Tagesordnungspunkt anders sein.

Ebenso spricht ein Kommentar davon, dass Einberufungsfehler unter anderem darin bestehen können, dass wesentliche Inhalte der Ladung fehlerhaft, dass Unterlagen unvollständig sind oder die Ladungsfrist nicht eingehalten wurde. Die Rüge muss außerdem auf einzelne Tagesordnungspunkte beschränkt werden.

Zu prüfen sind daher hier folgende Tatbestandsmerkmale, die vorauszusetzen sind, dass diese Rechtsfolge eintritt:

- Verletzung von Form und Frist der Einberufung (Einberufungs- bzw. Ladungsfehler)
- Anwesenheit aller fehlerhaft geladenen, mitwirkungsberechtigten Mitglieder, sowie keine diesbezüglichen Rügen der fehlerhaft geladenen Mitglieder

Grundsätzlich waren am 02.05.2023 alle mutmaßlich fehlerhaft geladenen Mitglieder anwesend. Mehrere Mitglieder haben verschiedene Fehler in Form und Frist gerügt. Dieses Tatbestandsmerkmal ist erfüllt.

Es wurde gerügt, dass der schriftlichen Ladung der Sitzung keine Sitzungsniederschrift der letzten Sitzung beigelegt war. Gem. § 2 (2) GO ist diese der schriftlichen Ladung beizufügen.

Gem. § 42 (3) BbgKVerf ist die Niederschrift vom Vorsitzenden zu unterzeichnen und zur nächsten ordentlichen Sitzung vorzulegen.

In einem der beiden Kommentare wird die ordentliche Sitzung definiert, als nächste nach dem Sitzungsplan vorgesehene Sitzung, in dem anderen Kommentar fehlt diese Ausführung. § 34 (1) S. 3 BbgKVerf spricht jedoch davon, dass die Gemeindevertretung einzuberufen ist, so oft es die Geschäftslage erfordert. Fraglich ist daher, ob bei der Definition einer ordentlichen Sitzung auf den Sitzungsplan zurückgegriffen werden kann, insbesondere, da es meines Wissens im vorliegenden Fall um eine ordentlich geladene Sitzung handelt, einberufen nach § 34 (2) Nr. 1 BbgKVerf durch den Hauptverwaltungsbeamten.

Exkurs: Eine solche Sitzung kann entweder nur durch den Hauptverwaltungsbeamten oder mindestens ein Fünftel der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter einberufen werden. Es ist daher zu prüfen, ob diese Sitzung überhaupt rechtmäßig einberufen wurde. Da ich im Vorfeld nicht in den Prozess dieser Ladung einbezogen wurde (der Hauptverwaltungsbeamte hat hier eng mit meinem Sachbearbeiter zusammengearbeitet) ist dies abschließend durch die allg. Stv. des Hauptverwaltungsbeamten zu prüfen (dieser ist derzeit nicht im Dienst).

Das Tatbestandsmerkmal der ordentlichen Sitzung kann hier also nicht abschließend geprüft werden. Sollte eine ordentliche Sitzung vorliegen, könnte hier ein Einberufungs- oder Ladungsfehler vorliegen.

Außerdem wurde gerügt, dass die Ladungsfrist nicht eingehalten wurde.

In § 2 (1) GO ist festgelegt, dass die Ladung den Mitgliedern mindestens sieben volle Tage vor dem Sitzungstag, den Tag der Absendung nicht mitgerechnet, zugehen muss. Diese Frist gilt als gewahrt, wenn die Ladung am 9. Tag vor der Sitzung zur Post gegeben wird.

Hier ist fraglich, ob der Begriff „Tage“ zu unbestimmt gewählt ist. Dies konnte ich abschließend nicht prüfen. Nach anwaltlicher Auskunft kann bei diesem Begriff im Zweifel angenommen werden, dass es sich um Kalendertage handelt. Daher wird mit diesem Ergebnis der Sachverhalt hilfsweise weiter geprüft.

Die Ladung ist am 20.04.2023 zur Post gegeben worden. Fristbeginn ist also der 21.04.2023. 9 volle Kalendertage endeten am 29.04.2023.

Die Ladung ist also fristgemäß erfolgt. Weitere angesprochene Problematiken (bspw. Regelungen aus dem Verwaltungsverfahren bzw. Bürgerlichem Gesetzbuch zum Fristende) sind hier nicht weiter zu prüfen, insbesondere, da auch ein Feiertag einen Kalendertag darstellt.

Ein Einberufungs- bzw. Ladungsfehler liegt hier also nicht vor.

Eine weitere Rüge mahnte die Unvollständigkeit der Unterlagen an. Diese sind erst am 02.05.2023 nachgereicht worden.

Gem. § 2 (2) GO sind die Sitzungsunterlagen ebenfalls 9 Tage vor der Sitzung im Ratsinformationssystem einzustellen. Nur in begründeten Ausnahmefällen des (3) kann diese Frist auf drei Tage verkürzt werden, wenn eine besondere Eilbedürftigkeit vorliegt. Diese Prüfung der Eilbedürftigkeit nehme ich hier nicht vor, da bereits auch diese Frist unterschritten wurde.

Daher liegt hier ein Einberufungs- bzw. Ladungsfehler vor, das Tatbestandsmerkmal ist erfüllt.

Da hier die Tatbestandsmerkmale erfüllt sind, bleibt zu prüfen, ob die Rechtsfolge eintreten kann.

Zur Rechtsfolge hat sich der Gesetzgeber in der BbgKVerf nicht eingelassen. Eine Rechtsfolge könnte aus § 5 (3) GO hergeleitet werden, der besagt, dass alle Tagesordnungspunkte nach der Einwohnerfragestunde in der nächsten Sitzung zu behandeln sind, wenn die fristgemäße Ladung oder die Beschlussfähigkeit nicht festgestellt werden kann.

Auch hier ist vor Eintreten der Rechtsfolge das Tatbestandsmerkmal der nicht festzustellenden fristgemäßen Ladung bzw. Beschlussfähigkeit zu prüfen.

Zur Beschlussfähigkeit spricht der Gesetzgeber in § 38 (1) S.2 BbgKVerf davon, dass die Gemeindevertretung solange als beschlussfähig gilt, solange die Beschlussunfähigkeit nicht durch den Vorsitzenden auf Antrag eines Gemeindevertreters festgestellt wurde.

Beide Kommentare sprechen hier davon, dass eine ordnungsgemäße Ladung nicht mehr als Voraussetzung für eine Beschlussfähigkeit vorgesehen ist. Ein Kommentar führt weiter aus, dass daraus aber nicht zu folgern ist, dass eine fehlerhafte Ladung unbeachtlich ist. Diese sei wesentliche Voraussetzung für die Möglichkeit an der Sitzung teilzunehmen und so sein Mandat wahrzunehmen. Genau deswegen sei die Vorschrift des § 34 (6) BbgKVerf erlassen worden. In den weiteren Beschreibungen wird aber nicht mehr auf die Beschlussunfähigkeit aufgrund dieses Paragraphen eingegangen. Gefolgert werden könnte daher, dass aufgrund der gerügten fehlerhaften Einberufung hier eine Beschlussunfähigkeit gegeben gewesen sein könnte.

Gem. § 37 (1) BbgKVerf leitet der Vorsitzende die Sitzung. Das Angebot einer Sitzungsunterbrechung lt. § 8 (1) GO hat er nicht angenommen. Eine Feststellung der Beschlussfähigkeit, wie es oben versucht wurde abzuprüfen, war ihm in der laufenden Sitzung nicht möglich. Daher ist das Tatbestandsmerkmal der Nichtfeststellbarkeit erfüllt.

Fraglich ist hier aber auch noch, ob der Vorsitzende diese Beschlussunfähigkeit festgestellt hat. Dieser hat mitgeteilt, dass dann die Gemeindevertretung wie in der Geschäftsordnung festgelegt zu verfahren habe. Das könnte man ggf. als Feststellung auslegen.

Wenn man also hilfsweise nun davon ausgeht, dass die Tatbestandsmerkmale erfüllt sind, war der Abbruch der Sitzung rechtmäßig.

Zusammenfassend sei zu sagen, dass der Sachverhalt von mir nicht abschließend geprüft werden konnte und hier ggf. ein Ergebnis nur über die Einleitung eines Kommunalverfassungsstreitverfahren vor dem Verwaltungsgericht erreicht werden kann.

Die Vorabprüfung meines Stellvertreters (siehe Anhang) habe ich in meine Prüfung miteinbezogen. Hier sei gesondert zu sagen, dass ich

- die Anwendung des VwVfG und des BGB nicht weiter geprüft habe, da dies aufgrund der Verwendung der Kalendertage nicht mehr relevant war. Ich habe diese Frage aber zur weiteren Verfahrensweise mit der Geschäftsordnung auch einem Rechtsanwalt gestellt. Die Antwort steht noch aus.
- das Fazit von meinem Stellvertreter nicht teilen kann, weil nicht abschließend geklärt ist, ob es sich um eine ordentliche Sitzung gehandelt hat und ein weiterer Einberufungsfehler (Nichtvollständigkeit der Sitzungsunterlagen) festgestellt wurde.

Die Heilungsvorschrift und die dazugehörigen Kommentare geben tatsächlich den Gemeindevertretern die Möglichkeit die fehlerhafte Einberufung zu rügen und das bei

verschiedenen Tagesordnungspunkten. Die Wahrnehmung der einzelnen Gemeindevertreter ist bestimmt nicht aus Willkür entstanden, die Intention sollte kritisch hinterfragt werden, sowohl ggü. dem Gemeindevertreter als auch ggü. der Verwaltung. Eine Lösungsmöglichkeit für solche Fälle kann nur eine Sitzungsunterbrechung sein, um den Vorsitzenden hier in Ruhe und korrekt beraten zu können.

Wir sollten darauf achten, dass die Ladung weiter fristgemäß bleibt und die Niederschriften nun immer zur nächsten Sitzung, sowie dass alle notwendigen Unterlagen fristgemäß vorliegen. Die regelmäßige Anfertigung einer Niederschrift kann erfolgen, wenn das Hauptamt die seit nunmehr fast einem Jahr geforderte zusätzliche Stelle erhält.

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'M' followed by a series of loops and a final flourish.

Berkholz, 10, Gemeinde Am Mellensee

Von: Sobota, 10, Gemeinde Am Mellensee
Gesendet: Mittwoch, 31. Mai 2023 12:05
An: Berkholz, 10, Gemeinde Am Mellensee
Cc: Zehler, 10, Gemeinde Am Mellensee
Betreff: Bzgl. Klärung - Rechtsauffassung

Thematik – GV-Sitzung 02.05.2023:

A) Zum Begriff Tage.)

- Nach entsprechender Prüfung hierzu meine Rechtsauffassung:
 - o Das **VwVfG** findet in Bezug auf die gemeindliche Geschäftsordnung keine Anwendung!
§ 1 Anwendungsbereich
(1) Dieses Gesetz **gilt für die öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden**
 - o Begründung - da hier kein Verwaltungsakt entsteht und die Fristen der Ladung sich aus Kommunalverfassung in Verbindung mit der Geschäftsordnung entstehen.
Für die Ladung zuständig ist der Vorsitzende der Gemeindevertretung, welcher sich lediglich der Hilfe des Hauptamtes der Gemeindeverwaltung bedient (§ 1 Abs. 2).
Des Weiteren handelt es sich bei der **Geschäftsordnung** um ein organinternes Innenrecht welches die Rechte und Pflichten der Funktionsträger des Vertretungsorgans (Vorsitzender, Mitglieder, Fraktionen, Gruppen) unter Berücksichtigung der gesetzlichen Regelungen näher auskleidet.
Für die darin genannten Adressaten handelt es sich um verbindliche Rechtssätze. Aufgrund dieser rein organinternen Wirkung ist die Geschäftsordnung keine Satzung, sondern eine Regelung eigener Art und als solche ein inneradministrativer Rechtssatz. In der Normenhierarchie steht die Geschäftsordnung daher unterhalb der Satzungen (insbesondere der Hauptsatzung) und sonstigen Gesetze.

B) Zur Niederschrift.)

- Aufgrund von Personalengpässen und zusätzlichen Arbeitsaufgaben ist die Fertigstellung der Niederschriften oftmals nicht mit den aufgeführten Fristen zu leisten.
- Demnach kann ein Ausfall vom Mitarbeiter Sitzungsdienst nur schwer kompensiert werden.
Meiner Auffassung nach kann nur der Protokollant, welcher an der Sitzung entsprechend anwesend war, die Niederschrift fertigen!
Was also, wenn genau dieser Mitarbeiter ausfällt und die Verwaltung für den Sitzungsdienst nicht mehr „arbeitsfähig“ ist (höhere Umstände)?
Wenn also nach § 42 Abs. 3 Kommunalverfassung die Niederschrift vorzulegen sowie nach § 2 Abs.2 unserer GO diese zur nächsten Sitzung mitzusenden ist – dann ist dies ja ein MUSS-Tatbestandsmerkmal.
Streng genommen – könne somit auch keine Sitzung nach § 34 Abs. 2 BbgKVerf verlangt werden, wenn bis dato noch keine Niederschrift, wie in unserer GO verlangt, vorliegt!
- Jedoch besagt hierzu der Potsdamer Kommentar zum § 42 – dass die Pflicht zur Anfertigung den Vorsitzenden betrifft.
Der Schriftführer kann hierbei ein Mitglied der Vertretung sein, doch der praxishalber hat sich bewährt, hier die Verwaltung in Anspruch zu nehmen (Beschluss der Protokollanten).
Zweiter Punkt ist, dass im § 42 Abs. 3 die Rede von der „**nächsten ordentlichen**“ Sitzung nach dem Sitzungsplan (*ebenfalls Potsdamer Kommentar*) ist.
Demnach könnte eine Ladung für eine „außerplan vom Sitzungskalender“ angedachten Sitzung gleichwohl vorgenommen werden, auch wenn noch keine Niederschrift existiert.

➔ FAZIT:

Die Sitzung hätte nach übergeordneten Recht nicht abgebrochen bzw. vorzeitig beendet werden dürfen!
Sowohl die bemängelte fehlende Niederschrift (in Bezug auf die Niederschrift vom 18.04.2023) als auch den Verweis auf die Fristen nach VwVfG treffen nicht zu!

Es bliebe jedoch offen, wie die Verwaltung / der Vorsitzende mit solchen „willkürlichen“ Vorwürfen in Zukunft umgeht?

Denn in der bereits abgehandelten Sitzung am 18.04.2023 (oder auch schon bereits in vergangenen Sitzungen) hätte man sich bereits auf das Nichtvorliegen der Niederschrift berufen können.

➔ Soll heißen, dass die GO je nach Belieben + Situation von einigen Gemeindevertretern entsprechend gewertet/ interpretiert wird.

Abschließende Fragen an die KomAufsicht:

- Darf auch ein nicht bestimmter Schriftführer (anderer Verwaltungsmitarbeiter) die Niederschrift fertigen, um das Vorlegen zu nächsten ordentlichen Sitzung sicherzustellen?
- Kann eine Sitzung auch bei fehlenden Niederschriften durchgeführt werden?

Umsetzungswillen:

- Die Verwaltung ist bestrebt die Niederschriften zügig zu fertigen.
- Vermutlich wäre/ ist die bisher geltende Geschäftsordnung zu präzisieren, da einige Formulierungen nicht mit der BbgKVerf vereinbar sind.
- Diese sollte dann z.B. bei der Niederschrift eine praktikablere Lösung enthalten, dass diese auch in fristgerechter Form fertiggestellt werden kann.
- Um dies zu erreichen sollte überlegt werden, die Sitzungstermine etwas zu dehnen, damit die dazwischen liegenden Arbeiten auch vom Hauptamt entsprechend umgesetzt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.

Heiko Sobota

SB - EDV

Gemeinde Am Mellensee

Zossener Straße 21c

15838 Am Mellensee

Tel.: 033703/95918

Fax: 033703/95969

E-Mail: sobota@mellensee.de



www.gemeinde-am-mellensee.de

Die angegebene E-Mail-Adresse dient nur zum Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.

Diese E-Mail und alle eventuellen Anlagen sind nur für den Adressaten bestimmt und kann vertrauliche bzw. rechtlich geschützte Informationen enthalten. Sollten Sie nicht der beabsichtigte Empfänger sein und auch nicht ein Angestellter oder Vertreter, der für die Weiterleitung dieser Nachricht an den beabsichtigen Empfänger verantwortlich ist, weisen wir Sie darauf hin, dass jede Weiterleitung, Vervielfältigung oder sonstige Verwendung dieser Nachricht oder ihrer Anlagen nicht zulässig ist. Falls Sie diese Nachricht irrtümlich erhalten haben sollten, bitten wir Sie, den Absender zu informieren und die Nachricht inklusive Anlagen von Ihrem Computer zu löschen.

Niederschrift der 23. Sitzung des Bildungs-, Sozial- und Kulturausschusses der Gemeinde Am Mellensee am Dienstag, den 27.03.2023 im Sitzungssaal der Gemeindeverwaltung, Zossener Str. 21c, 15838 Am Mellensee

Öffentlicher Teil

Beginn: 19:00 Uhr Ende: 20:45 Uhr

Anwesend:

Fraktion UWG

Frau A. Schuster

Fraktion Die Linke

Herr T. Janke

Fraktion CDU

Herr A. Thiele (als Vertretung)

Sachkundige Einwohner

Herr V. Eilenberger

Frau J. Vogel

Frau K. Bluhm

Gemeindevertreter

Herr M. Tscherwinka

Herr C. Glienick

Ortsvorsteher

Herr D. Porath

Herr U. Hoffmann

Gäste

Herr Stenzel – Kinder- und Jugendbeauftragter

Herr Gensigk – DRK

Verwaltung

Frau Berkholz – Teamleiterin I

Entschuldigt:

Fraktion UWG

Herr D. Pehnert

Fraktion CDU

Herr T. Rarrasch

Fraktion SPD

Herr I. Koch

Sachkundige Einwohner

Frau M. Klaus

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung –öffentlicher Teil–
4. Einwendungen zur Niederschrift der vergangenen Sitzungen -öffentlicher Teil-
5. (neu) Ausbau der Jugendarbeit
6. (neu) Einwohnerfragestunde
7. (neu) Aktuelle Kinderanmeldezahlen / Bearbeitungsstand im Schulamt
8. (neu) Auswertung des Elternbeitragsentlastungspakets 2023/24
9. (neu) Pakt für Pflege – Umsetzungen Förderprogramm 2023 + 2024
10. weggefallen
11. Informationen und Anfragen
12. Sonstiges

Zu 1. Eröffnung der Sitzung

Die stv. Vorsitzende des Ausschusses, Frau Schuster, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, Gäste und Einwohner, da der Vorsitzende erkrankt ist.

Zu 2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit

festgestellt

Zu 3. Änderungsanträge zur Tagesordnung –öffentlicher Teil–

TOP 9 wird zu TOP 5 (neu), damit die anwesenden Jugendlichen nicht warten müssen. Alle weiteren Nummerierungen werden angepasst.

Zu 4. Einwendungen zur Niederschrift der vergangenen Sitzungen -öffentlicher Teil-

keine

Zu 5. (neu) Ausbau der Jugendarbeit

Die Jugendlichen sollen die Gelegenheit bekommen, Ihre Bedarfe zu formulieren. Daher wird einstimmig das Rederecht für sie, und auch für Hrn. Gensigk vom DRK (Betreiber Jugendclub) beschlossen.

Es werden folgende Punkte ausgeführt:

- Der Jugendclub ist oft aus Krankheitsgründen und seit einigen Wochen generell geschlossen. Wie soll es weitergehen?

Herr Gensigk führt aus, dass nach seiner Recherche die Erkrankungen seines Personals nicht überdurchschnittlich hoch seien. Die Stelle im Jugendclub ist mit 30 Wochenstunden besetzt, von dieser auch Vor- und Nachbereitungszeit sowie Supervision abgezogen werden. Aufgrund Kündigung ist diese Stelle nun vorerst nicht besetzt.

Es ist geplant, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, nicht nur die Stelle erneut zu besetzen, sondern auch eine zweite Stelle ins Auge zu fassen.



Herr Gensigk belegt auf Nachfrage eines sachkundigen Einwohners die Wichtigkeit der Anwesenheit von Fachkräften, da im Jugendclub auch Beziehungsarbeit stattfindet und nicht „nur aufgeschlossen“ wird. Es handelt sich für die Jugendlichen um einen geschützten Raum und einen vertrauensvollen Ansprechpartner.

Auf Nachfrage der stv. Vorsitzenden erläutert Herr Gensigk die Finanzierung der Jugend- und Schulsozialarbeit (Jugendarbeit Sperenberg 60 % Landkreis / 40 % Kommune; Jugendarbeit Mellensee 100 % Kommune; Schulsozialarbeit 60 % Landkreis / 40 % Kommune, 20 Wochenstunden pro Schule)

Zusätzlich weist Herr Gensigk darauf hin, dass die Kommune dem Landkreis gegenüber verdeutlichen muss, dass ein höherer Bedarf notwendig ist und der erhöhte Bedarf in der Jugendhilfeplanung berücksichtigt werden kann.

- Das Minispielfeld der Grundschule Sperenberg ist aufgrund von Vandalismus geschlossen.

Die stv. Vorsitzende führt aus, dass sie hierzu mit dem Bürgermeister in Gesprächen ist. Der Boden des Spielfelds muss komplett ausgetauscht werden, dies braucht noch Zeit.

Der anwesende Sperenberger Ortsvorsteher plädiert für eine Verlegung des Minispielfelds auf die Vorderseite des Grundstücks.

- Das Problem der fehlenden Radwege wird angesprochen. Die anwesenden Gemeindevertreter berichten von ihren Erfahrungen für Radwege zu sorgen.
- Es besteht kein öffentlicher Raum zum Aufenthalt für Jugendliche, bspw. öffentliche Spielplätze oder Freiflächen. Der anwesende Sperenberger Ortsvorsteher berichtet von der Öffnung des Strandbads für die Jugendlichen. Sollten Probleme mit dem Pächter bestehen, dürfen ihn die Jugendlichen kontaktieren. Die Verwaltung wird den Pächter schriftlich darauf hinweisen, dass der Spielplatz zugänglich sein muss. Der anwesende Rehagener Ortsvorsteher berichtet auch noch, dass der Spielplatz der Montessorischule in Rehagen ebenfalls öffentlich ist. Herr Gensigk fragt an, ob der Bereich hinter dem Mehrgenerationshaus als öffentliche Spielfläche für Jugendliche ausgebaut werden kann.
- Die Jugendlichen wünschen sich die Aufnahme in die Initiative „Kinderfreundliche Kommune e.V.“. Frau Berkholz lädt die Jugendlichen zu einem Gespräch in die Verwaltung ein. Die Eltern erklären sich bereit zur Terminvereinbarung eine E-Mail zu schreiben.

Die stv. Vorsitzende bedankt sich bei den Jugendlichen für ihr Engagement.

Zu 6. (neu) Einwohnerfragestunde

Die stv. Vorsitzende gestaltet die Einwohnerfragestunde als „Brainstorming“. Alle konstruktiven Hinweise werden auf dem Flipchart gesammelt (das Foto wird der Niederschrift als Anhang beigelegt). Frau Berkholz wird alle Hinweise mit in zukünftige Beratungen mit allen Beteiligten aufnehmen. Die anwesenden Eltern wünschen sich einen Notfallplan für die Zukunft, so dass die Schließung der Einrichtungen nicht das einzige probate Mittel bleibt. Die Verwaltung wird gebeten so einen Notfallplan zu erarbeiten. Sie erklärt außerdem erneut, wie es zu den aktuellen Maßnahmen kam.

Die stv. Vorsitzende teilt mit, dass alle schriftlichen Anfragen beantwortet sind und diese Antworten durch den Ausschuss an die Anfragenden weitergeleitet werden.

Zu 7. (neu) Aktuelle Kinderanmeldezahlen / Bearbeitungsstand im Schulamt

Derzeit sind im Vergleich zur letzten Sitzung drei weitere Kinder auf die Warteliste aufgenommen worden, sie umfasst jetzt also 134 Kinder. Eingewöhnungen aus der Kitaplatzvergabe 2022/23 laufen noch und sind bis Juni 2023 terminiert. Sollten vereinzelt Plätze durch Wegzug oder Abmeldungen entstehen, werden diese direkt an das nächste anspruchsberechtigte Kind vergeben.

Weiterhin ist die Verwaltung im Plan, was die Abrechnung der Essensversorgung betrifft. Die Abrechnung der Reduzierung der Öffnungszeiten wird aufgrund einer geplanten Beschlussfassung noch nicht durchgeführt. Die Abrechnung der Ferienhortbetreuung ist noch offen. Die Sachbearbeitung des Schulamts ist ab April wieder doppelt besetzt.

Zu 8. (neu) Auswertung des Elternbeitragsentlastungspakets 2023/24

Bis auf vereinzelte noch fehlende Unterlagen ist das Verfahren zum Elternbeitragsentlastungspaket ohne große Problemfälle durchgeführt worden. Die Eltern, die aufgrund des neuen Verfahrens nicht entlastet worden wären, wurden nicht neu berechnet.

Zu 9. (neu) Pakt für Pflege – Umsetzungen Förderprogramm 2023 + 2024

Aufgrund der Entschuldigung von allen beteiligten geladenen Gästen erscheint es nicht sinnvoll, den TOP aufzurufen. Die stv. Vorsitzende berichtet von der geplanten Verweisung in die nächste Sitzung der Gemeindevertretung. Dort soll diskutiert werden, welche Projekte (Sitzmöglichkeiten, Bushaltestellen, Fußgängerüberwege, Ärzteamsiedlung uvm.) in Frage kommen.

Zu 10. weggefallen (-> TOP 5 neu)

Zu 11. Informationen und Anfragen

Auf Nachfrage berichtet Frau Berkholz

- zum Stand der Gespräche bzgl. Schließanlage der Grundschule Sperenberg, dass ein Gespräch mit den Elternvertretern stattgefunden hat und demnächst der Termin in großer Runde organisiert wird,
- zum Stand des Nutzungskonzepts des Feuerwehrgerätehauses Sperenberg, dass ein Termin mit MBSJ und Jugendamt vor Ort stattfand. Eine Nutzung als Hortaußenstelle oder Juniorclub wäre vorstellbar. Hier muss nun ein Konzept erarbeitet werden.
- zum Stand der Erarbeitung einer gemeindeeigenen Schul- und Kitaplatzprognose, dass dies auf der Agenda stehe, aber aufgrund der immensen Aufgaben (Erweiterungsbau Rehagen, Container Sperenberg, 3. Etage Hort Sperenberg, Einführung Qualitätsmanagement, Personalentwicklung, sowieso das Tagesgeschäft) aus Kapazitätsgründen nicht sofort erfolgen könne.

- Der Schulbedarfsplan ist nicht aktuell. Die Verwaltung wird aufgefordert den Schulbedarfsplan zeitgemäß zu erstellen und diesen an das Wachstum der Gemeinde anzupassen. Ein aktueller Schulbedarfsplan ist unerlässlich, damit die Gemeinde Am Mellensee eine sichere Prognose und auch Übersicht zu den in der Zukunft notwendigen Schulplätzen erstellen kann.

Die stv. Vorsitzende kennt den Stand der durch den BSK-Ausschuss durchzuführenden Umfragen nicht und leitet die Anfrage an den Vorsitzenden weiter.

Herr Gensig bittet darum, Schallschutzmaßnahmen für den Tanzraum des Jugendclubs Sperenberg ins Auge zu fassen.

Zu 12. Sonstiges

keine Themen

Am Mellensee, 30.03.2023


Schuster
stv. Vors. d. BSK-Ausschusses

Antworten der Verwaltung zu schriftlichen eingereichten Fragen (Teil2)

zur 23. Sitzung des Bildungs-, Sozial- und Kulturausschusses

am: Montag, dem 27.03.2023
um: 19:00 Uhr
im: Sitzungssaal der Gemeindeverwaltung
Zossener Straße 21c
15838 Am Mellensee OT Klausdorf

1.) Fluktuationsquote von ErzieherInnen im Jahr (12 Monatszeitraum) 2021, 2022 & aktuell 23

Jahr 2021	Einstellungen	20	Abgänge	12
Jahr 2022	Einstellungen	13	Abgänge	16
Jahr 2023	Einstellungen	2	Abgänge	2
In Summe		35		30

Nach Rücksprache mit dem MBS sind diese Zahlen völlig normal im Prozess einer Umstrukturierung und kein Phänomen von Am Mellensee.

Der Prozess wurde vom MBS dringend gefordert. Es gab keine Alternative außer komplette die Schließung von Einrichtungen.

Die Neueinstellungen, die erst in den nächsten Wochen ihren Dienst antreten, sind in den Zahlen noch nicht enthalten.

2.) Krankenquote von ErzieherInnen im Jahr (12 Monatszeitraum) 2021, 2022 & aktuell 23

Diese Zahlen wurden dem Ausschuss vorgelegt, können an dieser Stelle jedoch nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Die Zahlen weichen jedoch **nicht** vom deutschlandweiten allgemeinen Trend ab.

Das Jahr 2022 war leider ein Rekordjahr bei den Krankschreibungen

https://www.iges.com/kunden/gesundheitsforschungsergebnisse/2023/krankenstand-2022/index_ger.html

<https://www.tk.de/presse/themen/praevention/gesundheitsstudien/hoechster-krankenstand-in-bayern-2143850?tkcm=aaus>

3.) Kommt der Träger der Pflicht zum BEM nach ?

Hier gibt es 2 Antworten:

Personalamt: Es gibt in der Gemeinde Am Mellensee kein BEM.

Schulamt: Wir führen für unser Personal (also Kitas) ein „abgespecktes BEM“ durch

Unsere Anfrage vom 27.3. an das Personalamt und den Bürgermeister:

Macht es nicht Sinn bzw. ist es nicht eine Pflicht das BEM für die Gemeinde schnellstmöglich zu installieren?

ist bis heute unbeantwortet. Eine Antwort wurde nun zur GV am 18.4. erbeten.



4.) Zudem hört man immer wieder, dass in dieser Gemeinde kein Geld vorhanden sei. Gibt es eine Übersicht mit Einnahmen und Ausgaben, die Laien nachvollziehen können? Die Gemeinde hatte viele Zuzüge. Jeder musste beim Kauf eine Grunderwerbssteuer entrichten. Zudem zahlt jeder einen Teil des Gehalts steuerlich an die Gemeinde. Das sind deutliche Mehreinnahmen. Wo ist dieses Geld?

Außerdem hört man immer wieder, es gäbe keinen Haushalt. Wie kann das sein? Wann soll dieser denn feststehen?

Die Grunderwerbsteuer wird vom zuständigen Finanzamt besteuert, nicht von der Gemeinde. Gemäß § 106 GG erhalten die Kommune lediglich einen Anteil der Einkommensteuer der in Form von Zuweisung berechnet wird.

Der Haushalt für 2023 ist derzeit noch in der Diskussion. Da die Ausgaben derzeit noch nicht alle gedeckt werden können sind weitere Beratungen diesbezüglich im Finanzausschuss am 28.03.2023 notwendig. Sollte dies dazu führen, dass ein Ausgleich erfolgen kann, soll der Haushalt in einer der nächsten Sitzungen der GV in die Beschlussfassung vorgelegt werden.

5.) Welche weiteren Maßnahmen werden ergriffen, um zukünftig die Schließungen oder Reduzierungen der Betreuungszeiten zu verhindern? Wird ein Notfallplan aufgesetzt? Werden zusätzlich Springer eingesetzt, statt die festen Erzieher zwischen den Einrichtungen springen zu lassen?

Krankheitswellen, die zu einer massiven Anzahl an akuten Erkrankungen führen, liegen außerhalb unseres Einflussbereiches

Über die Erarbeitung des Notfallplans haben wir bereits informiert – dieser dient vor allem dazu, dass sich Eltern transparent wissen, was der Träger wann für Maßnahmen ergreifen muss und wird auch Lösungsmöglichkeiten, bspw. eine Notbetreuung erhalten. Teile davon müssen durch die Gemeindevertretung zur Schaffung einer Rechtsgrundlage beschlossen werden.

Personaleinsatz ist Sache des Arbeitgebers.

6.) In Bezug auf die Krankheitsquote interessiert mich, welche betrieblichen Maßnahmen ergriffen wurden, um hier die Ursachen zu finden und wie der resultierende Maßnahmen katalog aussieht?

Dies ist auch innerbetriebliche Zuständigkeit und ist nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.

7.) Es befinden sich weitere Kitas im Bau? Gibt es hier eine Bedarfsermittlungen zu den zusätzlich benötigten Kita-Plätzen und der zusätzlichen Erzieherstellen? Werden Erzieher in der Gemeinde ausgebildet, um den zukünftigen Bedarf zu decken?

In jeder Einrichtung wird derzeit 1 Azubi ausgebildet.



8.) Zu der Verlagerung des Ferienhortes Mellensee nach Sperenberg: werden zusätzliche Busse oder ein Shuttle-Verkehr eingesetzt, damit die Belastung des zusätzlichen Weges innerhalb der Zumutbarkeit bleibt?

Wege bis zu 30 Minuten werden als zumutbar eingestuft. Ein Shuttleservice ist nicht angedacht. Die Zusammenlegung der Horte ist aufgrund einer Bedarfsabfrage entschieden worden, es ist nur ein geringer Teil der Kinder angemeldet. Es wird eine reguläre Betreuungszeit angeboten, damit Eltern ihre Kinder ggf. auch bringen können. Sollte aufgrund des geringen Bedarfs auch in weiteren Ferien eine Zusammenlegung anstehen, fassen wir ins Auge, die Einrichtung auch zu tauschen, falls es die Kapazitäten erlauben.

9.) Wird es weiterhin einen regelmäßigen Austausch zwischen Träger und den gewählten Gremien bestehend aus Vertretern der Eltern und der Mitarbeiter geben? Wenn nein, welchen gravierenden Grund gibt es Eltern und Mitarbeiter nicht anzuhören?

Die Elternvertreter wurden auch bereits früher in ihren Zuständigkeiten miteinbezogen. Bereits seit der Umstrukturierung haben wir versucht, die Elternarbeit auszubauen. Es wird zukünftig auch einen „runden Tisch“ mit allen Elternvertretern geben.

10.) Erfahrungsbericht einer abgelehnten Bewerberin

Wurde von allen beteiligten Personen des Bewerbungsgespräches mit einer Stellungnahme gegenüber dem BSK-Ausschuss vollumfänglich dargestellt und ist nicht für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen.



11.) der Presse entnahm ich, dass die Gemeinde plant, eine Oberschule zu errichten.

Daher würde ich mich freuen, wenn schon ein paar Details zur Umsetzung und langfristiger Planung bekannt gegeben werden können.

Nach Rückfrage handelte es sich hierbei um einen Artikel der MAZ vom 15.3.2023 mit dem Beigeordneten, Leiter des Dezernates I (Amt für Kultur und Bildung) und Kämmerer des Landkreises Teltow Fläming Herr Johannes Ferdinand.

Auszug:


*„160 Millionen Euro plant Ferdinand für den Neubau von vier weiterführenden Schulen ein. Auch über die Standorte wird geredet – in den betroffenen Kommunen teilweise schon seit Monaten. Laut Ferdinand haben folgende Städte und Gemeinden Bedarf für den Bau einer weiterführenden Schule angemeldet: Ludwigsfelde, Großbeeren sowie Zossen und **Am Mellensee**. Bei den beiden letztgenannten hielte es Ferdinand „für eine wunderbare Idee im Sinne des kommunalen Miteinanders“, wenn sie sich für einen gemeinsamen Schulstandort entscheiden könnten.“*

Die Frage wurde an Ihn weitergeleitet.

In einem Telefon mit dem Vorsitzenden des Ausschusses konnte er die Frage wie folgt beantworten:

Es gibt derzeit keine konkreten Planungen des Landkreises für eine Oberschule in Am Mellensee. Die Aussage in der Zeitung ist eher als Vision oder Gedankenanstoß zu verstehen.

Wenn sich Gemeinden & Städte intensiv mit dem Thema auseinandersetzen und entsprechende Vorarbeit (Bedarf, Grundstücke,...) leisten und eventuell sogar bereits das Einvernehmen oder besser noch Kooperation mit Nachbarkommunen herstellen und dann bei Ihm vorstellig werden, wird er sich nicht dagegen aussprechen wenn alle Fakten für einen neuen Schulstandort sprechen.



Pehnert
Vorsitzender d. BSK-Ausschusses

Der Bürgermeister

Zossener Str. 21c • 15838 Am Mellensee

Ortsteile:

Sperenberg, Klausdorf, Mellensee, Saalow,
Rehagen, Kummersdorf-Alexanderdorf,
Kummersdorf-Gut, Gadsdorf

Sachgebiet: Lt. Haupt-/Schulamt

Zimmer: 2.07

Bearbeiter: Frau Berkholz

E-Mail: berkholz@mellensee.de

Telefon: (033703) 959-12

Telefax: (033703) 95969

AKZ: 10.3

Datum: 24.03.2023

Schriftliche Beantwortung der bereits eingegangenen Anfragen zur Einwohnerfragestunde des BSK-Ausschusses am 27.03.2023

Zum Thema Jugendclub: Überblick der Öffnungszeiten der letzten drei Monate beider Jugendclubs, was ist dazu vertraglich vereinbart zwischen dem DRK und der Gemeinde.

Wird nachgereicht

Wie sieht die Prognose an benötigten Kitaplätzen und Grundschulplätzen für die kommenden fünf Jahre aus?

Eine solche Prognose wurde bisher immer vom Landkreis erstellt (Kita- und Schulbedarfsplanung). Wir sehen hier den Bedarf eine eigene Prognose zu erstellen. Dies ist allerdings äußerst umfangreich und muss auch verlässlich sein. Es sind dafür daher auch verlässliche Personalressourcen zur Verfügung zu stellen. Ein bestehendes Team kann nicht laufend zusätzlich immer wieder neu auftretende Aufgaben bewältigen. So passiert es, dass leider kleine, aber genauso wichtige, Dinge „hinten runterfallen“ oder übersehen werden. Deshalb wird das Team I sich erstmal Gedanken machen müssen, wie wir uns strukturieren. Wir dürfen den Problemen nicht mehr „hinterherlaufen“. Deshalb wollen wir es von Anfang an richtigmachen. Die Wichtigkeit einer solchen Prognose haben wir aber erkannt und werden die Erstellung und regelmäßige Evaluierung in den nächsten Monaten beginnen.

Welche Kapazitäten stehen in welchen Jahren zur Verfügung, und wie plant die Gemeinde, eventuelle Lücken zu schließen?

Ich bin besonders an konkreten Maßnahmen interessiert, die genau aufzeigen, wie und wann welche Betreuungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Folgende Informationen stellen den Wissenstand zum 24.03.2023 dar und können aufgrund der Rahmenbedingungen Veränderungen unterliegen:

Allgemeine Sprechzeiten:

Montag u. Mittwoch	keine Sprechzeiten - Termine nach Vereinbarung möglich
Dienstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.00 Uhr
Donnerstag	09.00 - 12.00 Uhr und 13.00 - 18.00 Uhr
Freitag	09.00 - 12.00 Uhr

Bankverbindung:

Mittelbrandenburgische
Sparkasse in Potsdam
IBAN: DE6416050003639020072
BIC: WELADED1PMB

Erweiterungsbau Rehagen	Betriebsbeginn ev. 01.08.2023 (ca. 30 zusätzliche Kitaplätze 15/15/0)
Ausbau 3. Etage Hort Sperenberg	Betriebsbeginn ev. Frühjahr 2024 (ca. 70 zusätzliche Kitaplätze 0/0/70)
Containerräumenanlage GS Sperenberg	Betriebsbeginn voraussichtlich August 2023 (ca. 120 zusätzliche Schulplätze) (max. 82 zusätzliche Kitaplätze 0/0/82)
Kombibau Mellensee	Betriebsbeginn ev. 2024 (ca. 200 zusätzliche Kitaplätze 25/25/150)
Kita B-Plan-Gebiet Rehagener Bhfst.	Betriebsbeginn unklar (ca. 76 zusätzliche Kitaplätze 26/50/0)
Kita B-Plan-Gebiet Klausdorf	Betriebsbeginn unklar (ca. 90 zusätzliche Kitaplätze 60/30/0)

Des Weiteren würde ich gerne erfahren, ob es geplant ist, Tagespflegeangebote zu fördern, um das Betreuungsangebot in unserer Gemeinde zu erweitern?

Grundsätzlich ist derzeit für die Betreuungsangebote hinsichtlich der Tagespflege („Tagesmütter“ bzw. „Tagesväter“) zuständig. Hier müsste eine neue strategische Entscheidung getroffen werden.

Darüber hinaus steht eine Änderung des Kitagesetzes in Brandenburg an, die sich unter anderem mit weiteren Tagespflegeangeboten der Kitaträger auseinandersetzt. Hier würde die Gemeinde zu gegebenem Zeitpunkt weiter informieren.

Ich bitte um Details zur Umsetzung und langfristiger Planung bzgl. des Baus von Oberschulen.

Hier ist der Landkreis zuständig, die Frage wurde weitergeleitet.

Ist es möglich, eine zweite Kraft für den Jugendclub „Steinbruch“ in Sperenberg zu bekommen?

Hier wurden bereits mit dem DRK Gespräche geführt und eine Lösung gefunden, die wir am 27.03.2023 dem Ausschuss und der Öffentlichkeit vorstellen.

Wann steht der Bolzplatz in Sperenberg den Kindern wieder zur Verfügung?

Wird nachgereicht

Warum gibt es keine Fahrradwege von Sperenberg nach Klausdorf oder von Sperenberg nach Kummersdorf- Alexanderdorf?

Wird nachgereicht

Wir möchten ein jugendfreundliches Sperenberg, warum gibt es keinen Spielplatz oder freie Grünflächen, gibt es aktive Jugendbeteiligung?

Bzgl. Jugendbeteiligung sind die Kinder- und Jugendbeauftragten anzusprechen. Mit diesen baut das Hauptamt gerade das System und den Automatismus für die Beteiligung auf. Die Schnittstelle sind die Kinder- und Jugendbeauftragte.

Bzgl. Spielplätze: wird nachgereicht

Fragen der Elternvertreter der Kita Klausdorf (Auszug, da weitere Fragen bereits beantwortet sind):

Die größten Sorgen machen wir uns allerdings um unsere Erzieherinnen. Die Kita Klausdorf verfügt über ein exzellent arbeitendes und wieder sehr gut eingespieltes Erzieherteam. Das ist keine Selbstverständlichkeit, nachdem die Umstrukturierung das damalige ebenso tolle Team zerrissen hat. Es ist allein dem Engagement aller MitarbeiterInnen der Kita Abenteuerland zu verdanken, dass alle eingespielt und gerne arbeiten. Dies hat gerade in den langen Zeiten des personellen Mangels deutliche Mehrarbeit bedeutet. Unsere Erzieherinnen opfern sich regelrecht auf. Das tun sie aus Liebe zu den Kindern, ihrem Beruf und ihrem eigenen Anspruch. Die Umstrukturierung im Frühjahr vergangenen Jahres wurde zu einem großen Teil auf dem Rücken der Kita Abenteuerland ausgetragen. Uns ist nicht bekannt, dass sie dafür eine besondere Form der Wertschätzung erfahren haben. Wie kann dies sein? Aber nun kommt es noch schlimmer: als Dank dafür, dass sie stets „durchhalten“, oft eigentlich krank zur Arbeit kommen und sich über das Maß engagieren, werden sie in ihrer Arbeit ausgebremst und in andere Kitas verteilt. Die Erzieherinnen waren geschockt. Sie arbeiten nicht an Computer oder mit Akten, sondern mit Kindern! Die Arbeit beruht auf behutsam aufgebaute und innige Beziehungen zu den Kindern. Wie kann nun eine Erzieherin an vollkommen fremden Kindern in einem völlig fremden Team arbeiten? Ziel der Gemeinde sollte es sein Erzieher zu werben und nicht diese zu vergraulen. Etliche Erzieherinnen haben bereits nach der Umstrukturierung die Gemeinde verlassen. Wenn sie weiterhin in ihrer Arbeit ausgebremst werden, werden weitere folgen. Wir haben Angst um unsere Erzieher! Wir wollen niemanden verlieren! Bitte sorgen Sie für den Erhalt unserer Kita. Bitte „kümmern“ Sie sich um angenehme Arbeitsbedingungen für unsere Erzieherinnen. Es geht dabei nicht darum, dass einzelne Erzieherinnen immer mal wieder an andere Einrichtungen ausgeborgt werden. Das ist auf freiwilliger Basis und kurzweilig absolut verständlich aber keine komplette Sprengung des Teams. Im Übrigen: In der Woche der Schließung sollten zwei Elternabende stattfinden. Auch diese haben Arbeit im Voraus gemacht. Unsere Erzieherinnen taten dies gerne. Diese wurden nun ebenso abgesagt und die Arbeit mal wieder mit Füßen getreten. In Anbetracht der Tatsache, dass alle Gemeinden ringsherum Erzieherinnen suchen, ist dies eine äußerst ungünstige Kombination.

Diese Anfrage hat sowohl das Schulamt als auch das Leitungsteam der Kita Klausdorf sehr beschäftigt. Momentan ist unklar, warum die Elternvertreter/innen diesen Weg gewählt haben, ohne sich mit dem (ganzen) Team selbst und/oder dem Kita-Ausschuss abzustimmen, ob die Erzieher/innen dies übereinstimmend so empfinden und ob es von den Erzieher/innen überhaupt so gewünscht war, dass auf diese Art und Weise Partei ergriffen wird. Diesbezüglich kann sich das Kita-Team ggf. selbst im Ausschuss äußern.

Auch ist der Eindruck der Eltern, dass die Umstrukturierung auf dem Rücken der Erzieher der Kita Abenteuerland ausgetragen wurde, dass hier keine Anerkennung stattgefunden hat bzw. stattfindet und auch, dass die großartige Leistung, die das Team in der Kita (und in jeder anderen Kita bringt) eine Alleinleistung des Teams sein soll, wenig wertschätzend ggü. allen weiteren Beteiligten. Der Träger stellt der Einrichtung und dem Team Ressourcen zur Verfügung. Wir haben die Einrichtung bei der Umsetzung des neuen Raumnutzungskonzepts geholfen und dies innerhalb kürzester Zeit beantragt. Wir haben immens viele finanzielle Mittel für Fortbildung und Supervision in den Haushalt eingestellt und sind bereits seit letztem Jahr auch gemeinsam in dieser Maßnahme. Im Verlaufe des letzten Jahres sind eine große Anzahl an Gesprächen geführt worden, ich selbst war auch in Dienstberatungen und habe Fragen beantwortet und wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten alle Probleme versucht zu lösen. Die Kita Klausdorf war die erste Kita, die alle unbesetzte Stellen wiederbesetzt hatte. Es ist schade, dass solche Behauptungen ausgesprochen werden, ohne alle Hintergründe zu kennen. Diesbezüglich hätte hier der Träger als Mitglied des Kita-Ausschusses gerne Rede und Antwort gestanden.

Die Schließung der Kita Klausdorf war keine Bestrafung, ein Ausbremsen oder gar eine Sprengung des Teams. Es handelte sich um eine Maßnahme, die das Gemeinwohl betraf. Die Entscheidung wurde mit allen Leitungen gemeinsam getroffen, die Kita-Leitung war in diesem Gremium anwesend und konnte aus erster Hand transparent dem Team berichten. Wir schätzen es, wenn sich die Erzieher der Einrichtung mit ihrer eigenen Einrichtung identifizieren, dennoch darf es kein Problem darstellen, wenn es in einer solchen Notsituation nicht um die „eigenen Kinder“ und die „eigene Einrichtung“ geht, sondern es notwendig ist, sich solidarisch mit allen Kollegen und Kolleginnen der Gemeinde zu zeigen. Dies stellt sich aus unseren Erfahrungen leider tatsächlich in Klausdorf schwierig dar und an diesem Thema werden wir mit dem Team arbeiten. Wenn wir unseren Kindern nahebringen wollen, was Resilienz bedeutet, müssen wir das auch vorleben. Es darf kein Problem darstellen, wenn sich – vor allem in einer Notsituation – Dinge verändern und daher einer flexiblen Lösung bedürfen. Dies betrifft Elternabende, die ausfallen, wie auch kurze Zeit in einer anderen Einrichtung zu arbeiten.

Klargestellt werden muss in diesem Zusammenhang auch, dass eine Aushilfe in anderen Einrichtungen nicht auf „freiwilliger Basis“ erfolgt. Hier übt der Arbeitgeber das Direktionsrecht völlig unstrittig aus. Die Erzieher sind Angestellte der Gemeinde und der Träger ist in der Verantwortung den Betrieb von Einrichtungen aufrecht zu erhalten. Einrichtungen können nicht geschlossen werden, weil Erzieher/innen sich weigern, in einer anderen Einrichtung zu arbeiten. Auch ist es nicht in Ordnung, dass dem Arbeitgeber der Krankenschein angedroht wird, wenn er dieses Direktionsrecht ausüben möchte. Die Kita-Leitung und wir als Träger sorgen für angenehme Arbeitsbedingungen. Angenehme Arbeitsbedingungen bedeuten allerdings nicht, dass sich Erzieher/innen nicht auch aus ihren gewohnten Strukturen bewegen

müssen bzw. der Arbeitgeber auch sein Weisungsrecht ausübt. Jede Einrichtung in unserer Gemeinde hat ihre „Baustellen“, und wir müssen die Arbeitnehmer unterstützen, diese zu bewältigen. Dies bedeutet „Arbeit“ für die Kolleg/innen und ist nicht immer angenehm. Auch ist gute Personalführung nicht immer gleichzusetzen damit, dass sich Arbeitnehmer alles erlauben dürfen. Wir gehen grundsätzlich bei allen Problemen immer vorher ins Gespräch und versuchen herauszufinden, welche Probleme hinter einer Entscheidung liegen. Wenn man in diesem Gespräch aber zu keinem befriedigenden Ergebnis kommt, müssen – insbesondere zur Einhaltung von rechtlichen Vorgaben – Weisungen vom Arbeitgeber ausgesprochen werden. Es darf nicht sein, dass man sich als Arbeitgeber bei Weisungen ggü. seinem Arbeitnehmer immer dem Vorwurf des „Vergraulens“ aussetzen muss.

Des Weiteren kam die Frage nach dem Personalrat auf. Ist öffentlich wer zu diesem dazu gehört? Auf der Homepage der Gemeinde ist nichts zu finden. Wie steht dieser zu der Thematik? Wäre es nicht seine Aufgabe die Erzieherinnen zu unterstützen?

Siehe Stellungnahme des Personalrats

Zudem hört man immer wieder, dass in dieser Gemeinde kein Geld vorhanden sei. Gibt es eine Übersicht mit Einnahmen und Ausgaben, die Laien nachvollziehen können? Die Gemeinde hatte viele Zuzüge. Jeder musste beim Kauf eine Grunderwerbssteuer entrichten. Zudem zahlt jeder einen Teil des Gehalts steuerlich an die Gemeinde. Das sind deutliche Mehreinnahmen. Wo ist dieses Geld? Außerdem hört man immer wieder, es gäbe keinen Haushalt. Wie kann das sein? Wann soll dieser denn feststehen?

Wird nachgereicht

Patrizia Berkholz
Teamleitung Haupt- und Schulamt